

JENNY MORÍN NENOFF

DER KUBANISCHE PRIVATSEKTOR

ZWISCHEN EINKOMMENS-POLARISIERUNG, REVOLUTIONÄREN IDEALEN UND ÖKONOMISCHEM DRUCK

Bis 2015 soll der kubanische Privatsektor auf mehr als 35 Prozent der Beschäftigten sowie 45 Prozent des BIP ausgeweitet werden. Dies, sowie die Wiedereinführung der privaten Lohnarbeit sollten nicht pauschal als Rückschritt im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft angesehen werden. Diese Reformen sind ein wichtiger Bestandteil der sogenannten «Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells», die offiziell drei Funktionen erfüllen sollen: Die entlassenen Staatsangestellten auffangen, das unzureichende staatliche Güter- und Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung ergänzen und zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Jedoch wird die gegenwärtige Ausgestaltung und Umsetzung der Reform den enormen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen nicht gerecht.

Hinter der sogenannten «Aktualisierung», wie der umfangreiche Reformprozess im offiziellen kubanischen Sprachgebrauch bezeichnet wird, verbirgt sich eine breite Palette von Reformmaßnahmen, die neben der Ausweitung des Privatsektors¹, die geplante Entlassung von 1,8 Millionen Staatsangestellten und die graduelle Abschaffung des subventionierten Lebensmittelversorgungssystems (*libreta*) umfassen. Außerdem ist ein Dezentralisierungsprozess vorgesehen, der lokalen Regierungen und Unternehmensleitungen staatlicher Betriebe und Firmen mehr Autonomie verschaffen soll. Insgesamt umfassen die Reformen einen Katalog von 313 Richtlinien, die im April 2011 vom sechsten Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas PCC verabschiedet wurden (Vgl. Rosa Luxemburg Stiftung Standpunkte International 06/2011 zum Parteitag). Diese Richtlinien sollen von der Regierung in Gesetzestexte gegossen werden, so der Auftrag des Parteikongresses. Mit der Überprüfung dieses Prozesses wurde eine Kommission beauftragt, die Ende Dezember 2011 der Nationalversammlung eine erste Zwischenbilanz des Fortschritts der Umsetzung der Reformrichtlinien vorlegte. Bisher wurden sieben Gesetzdekrete, drei Dekrete und 66 Resolutionen verabschiedet.

WIEDEREINFÜHRUNG DER PRIVATEN LOHnarBEIT

Seit Oktober 2010 ist selbstständige unternehmerische Tätigkeit (*cuentalpropismo*) ausgeweitet worden. Nicht vorrangig dadurch, dass zwölf weitere Tätigkeiten autorisiert wurden, die privat ausgeübt werden dürfen, sondern viel mehr durch den Wegfall einiger stark kritisierter Restriktionen. Eine der weitgehendsten Modifikationen ist die Wiedereinführung der privaten Lohnarbeit, die eine der Hauptforderungen der kuba-

nischen Selbstständigen einlöst. Bis dahin durften ausschließlich Familienmitglieder angestellt werden. Laut Auskunft der kubanischen Arbeits- und Sozialministerin sind rund 10 Prozent der aktuell 333.206 registrierten *cuentalpropistas* Angestellte.² Allerdings widerspricht diese Tatsache dem Artikel 21 der kubanischen Verfassung, welcher besagt, dass das Eigentum über Produktionsmittel für die private und familiäre Arbeit nicht für das Erwirtschaften von Einkommen benutzt werden dürfen, welches der Ausbeutung fremder Arbeitskraft entspringt.

Die Gefahr der Ausbeutung von Angestellten privater KleinunternehmerInnen soll durch den staatlich festgelegten Mindestlohn eingedämmt werden. Bei bis zu 10 Angestellten beträgt er das Anderthalbfache des durchschnittlichen Monatsgehaltes der jeweiligen Provinz. Ab 11 Angestellten steigt er auf das Doppelte und ab 16 Angestellten auf das Dreifache des durchschnittlichen Monatsgehaltes.³ Diese Regelung zielt darauf ab, die «Konzentration von Eigentum und Reichtum» zu verhindern, wie es in der vom Parteikongress verabschiedeten Richtlinie Nummer drei festgelegt wurde. Auf diese Weise soll es Kleinunternehmern erschwert werden, unkontrolliert zu mittelständischen und Großunternehmen zu expandieren. Unter kubanischen Wissenschaftlern wird zudem darüber diskutiert, warum sich die kubanische Regierung entschied

¹ Der nichtstaatliche Sektor umfasst Jointventures, landwirtschaftliche Kooperativen und den Privatsektor, der sich wiederum aus selbstständigen Bauern, ausländischen Firmen und den *cuentalpropistas* (selbständige KleinunternehmerInnen) zusammensetzt. ² Fernández Sosa, Ivette, «El trabajo por cuenta propia se ajusta a la experiencia», *Granma*, 13. September 2011, <http://www.granma.cubaweb.cu/2011/09/13/nacional/artic06.html> ³ Resolution 298/2011 Finanzministerium (MFP), Gaceta Oficial de la República de Cuba, No. 29 Extraordinaria Especial, 7. September 2011, Havanna, S. 293

die private Lohnarbeit zu erlauben, ohne vorher die Schaffung von Kooperativen außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors in Erwägung gezogen zu haben. So werden Kooperativen im Artikel 20 der Verfassung als «fortgeschrittene und effiziente sozialistische Produktionsform» definiert. Von Regierungsseite heißt es, dass mit Hochdruck an der Ausarbeitung eines Konzeptes gearbeitet werde, welches Übergangsregelungen festlege, um Experimente mit nichtlandwirtschaftlichen Kooperativen zu ermöglichen.⁴

RENTEN, MÄRKTE UND KREDITE

Durch den Wegfall von Restriktionen durch die Resolution Nr. 32 von Oktober 2010 ist es nun erlaubt, mehrere Tätigkeiten gleichzeitig auszuüben, auch außerhalb des Wohnbezirks arbeiten und mit staatlichen Betrieben und Firmen handeln zu dürfen⁵ sowie leer stehende staatliche Räumlichkeiten, wie z.B. Friseursalons, mieten zu können. Darüber hinaus können Selbstständige nun auch Rentenansprüche erwerben, da für sie ein spezielles Rentenversicherungssystem geschaffen wurde. Die Mitgliedschaft ist obligatorisch, die Beitragsbemessungsgrundlage, auf die ein Beitragssatz von 25 Prozent erhoben wird, ist hingegen unabhängig von der Höhe des Einkommens frei wählbar. Zwischen einem Minimum von 350 Pesos (11 Euro) und einem Maximum von 2.000 Pesos (62 Euro) sind 9 Beitragsbemessungsstufen wählbar. Fast alle Selbstständigen entscheiden sich für die niedrigste Beitragsbemessungsstufe und zahlen damit einen Rentenbeitrag von umgerechnet 2,74 Euro im Monat. Sofern nach 30 Jahren Beitragszeit das Rentenalter von 60 Jahren bei Frauen bzw. 65 Jahren bei Männern erreicht wird, besteht Anspruch auf eine Altersrente, die 60 Prozent des Durchschnitts der gewählten Beitragsbemessungsgrundlage der letzten 15 Jahre entspricht.⁶ Sollte es der Mehrheit der Selbstständigen im Laufe der Jahre finanziell nicht möglich sein, höhere Beitragsbemessungsstufen zu wählen, dann droht ihnen mit großer Wahrscheinlichkeit Altersarmut, da sie auf Grundlage der niedrigsten Beitragsbemessungsstufe einen Anspruch auf lediglich 210 Pesos (6,57 Euro) hätten.

Obwohl die aufgezählten Veränderungen einen großen Fortschritt darstellen, bestehen einige entscheidende Hindernisse fort. So gibt es weiterhin keinen Großhandelsmarkt, auf dem Kleinunternehmer große Mengen von Waren, Produkten und Rohstoffen zu günstigen Preisen einkaufen können. Sie sind weiterhin gezwungen, in staatlichen Einzelhandelsgeschäften einzukaufen, deren Preise zu hoch und deren Angebotsbestand nicht zuverlässig konstant ist. Dies ist ein Hauptkritikpunkt, der Kleinunternehmer zutiefst verärgert, da sie sich genötigt sehen, gegen geltende Bestimmungen zu verstoßen, indem sie auf dem Schwarzmarkt einkaufen und hohe Geldstrafen riskieren. Die Staatsführung kündigte zwar an, den Großhandel einführen zu wollen, verwies jedoch auf die derzeit äußerst ungünstige Finanzsituation. Mit der angekündigten Gewährung von 20 Prozent Preisnachlass auf Waren in der Devisenwährung CUC, die in großen Mengen gekauft werden, zeigt die Regierung jedoch ihren Willen, den Selbstständigen entgegenzukommen.⁷

Bei der Gewährung von Krediten für Kleinunternehmer werden auf Grundlage des neuen Gesetzes-Dekrets Nr. 289 seit Ende Dezember 2011 Fortschritte gemacht. Trotz der angespannten Liquiditätssituation kubanischer Banken, wurden bereits 500 Kredite in einer durchschnittlichen Höhe von umgerechnet

200 Euro vergeben.⁸ Da die Vergabe von Mikrokrediten ausländischer Finanzinstitutionen bislang als Alternative offiziell abgelehnt wird, scheinen die privaten Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland eine wichtige Finanzierungsquelle für das Startkapital für *cuentalpropistas* zu sein.

ZAHNÄRZTE, DIE PIZZA VERKAUFEN

Laut kubanischen Experten ist das größte Hindernis für eine erfolgreiche Generierung von produktiven Arbeitsplätzen im Privatsektor die beschränkte Anzahl und das geringe Wertschöpfungspotential der 181 autorisierten Tätigkeiten die privat ausgeübt werden dürfen. Sie werden dem hohen Bildungsstandard der Kubaner in keiner Weise gerecht und verschwenden somit wertvolles Humankapital. So begegnet man beispielsweise Zahnärzten, die Pizza verkaufen oder Lehrern die Taxi fahren. Immerhin gehören diese Tätigkeiten noch zu den lukrativsten – ein höheres Einkommen bietet hier den Anreiz, auf berufliche Selbstverwirklichung zu verzichten. Rund die Hälfte der Tätigkeiten, die aufgrund ihres geringen Einkommens dem «vereinfachten Steuerregime» zugeordnet werden, wie beispielsweise der Schuhputzer, Feuerzeugauffüller oder der Blumenhändler, stellen für gut ausgebildete Kubaner, die aus dem Staatsdienst entlassen werden, jedoch keinerlei Perspektive dar. Hinzu kommt, dass nur drei selbstständige Tätigkeiten Akademikern gerecht werden: Informatiker, Übersetzer und Nachhilfelehrer (für Lehrer im Ruhestand). Daher wird dafür plädiert, statt dessen eine Liste von Tätigkeiten zu veröffentlichen, die weiterhin nur im Staatsdienst zugelassen werden sollen, wie beispielsweise Ärzte, und alle anderen Berufe auch für Selbstständige zuzulassen.

UNGELIEBTES NEUES STEUERSYSTEM

Ein weiteres Hindernis für die positive Entwicklung des Kleinunternehmertums sind die hohen Steuerabgaben, die die Steuerhinterziehung fördern und viele Selbstständige in die Illegalität treiben. Erschwerend kommt hinzu, dass es unter der kubanischen Bevölkerung keine «Steuerkultur» gibt, da das erste Steuersystem erst 1994 eingeführt wurde, aber kaum zur Anwendung kam. Den KubanerInnen war die Einkommenssteuer⁹ bisher völlig fremd, daher sind das Unverständnis und die Abneigung umso größer. So muss die Finanzministerin immer wieder klarstellen, dass dies keineswegs eine Schikane sei, sondern eine wichtige Finanzierungsquelle für die kostenlosen staatlichen sozialen Dienstleistungen, die jedem Staatsbürger zur Verfügung stehen. Allerdings fördern die Vielfalt der zahlenden Steuern und die hohen Steuersätze nicht die Einsicht. Neben der Einkommenssteuer, wird auch eine Umsatzsteuer in Höhe von 10 Prozent und eine sogenannte Steuer für öffentliche Dienstleistungen ebenfalls in Höhe von

⁴ Leyva, Anneris Y., «En la línea del avance acuerdos del Sexto Congreso», *Granma*, 25. Dezember 2011, <http://www.granma.cubaweb.cu/2011/12/25/nacional/artic06.html> ⁵ Mit in Kraft treten der Resolution Nr. 101 im Januar 2012 wurde die Honorarobergrenze von 100 kubanischen Pesos (CUP) für Dienstleistungen von Selbstständigen für staatliche Unternehmen aufgehoben und die wettbewerbliche Gleichstellung mit anderen staatlichen Dienstleistern rechtlich garantiert. Fonticoba Gener, O., «Política crediticia cubana y otros servicios bancarios», *Granma*, 20. Januar 2012, <http://www.granma.cubaweb.cu/2012/01/20/nacional/artic11.html> ⁶ Gesetzesdekret 278, «Del régimen especial de la seguridad social para los trabajadores por cuenta propia», *Gaceta Oficial de la República de Cuba*, No. 11 Extraordinaria Especial, 1. Oktober 2010, Havanna, S. 81, 85 ⁷ Leyva, Anneris Y., *Granma*, 25. Dezember 2011 ⁸ Fonticoba Gener, O., *Granma*, 20. Januar 2012 ⁹ Die Erhöhung des Steuerfreibetrags von umgerechnet 166 Euro auf 332 Euro macht die Bereitschaft der Regierung deutlich, dem Unmut der KleinunternehmerInnen gegen die Steuerabgaben entgegenzuwirken und der Steuerhinterziehung vorzubeugen. Leyva, Anneris Y., *Granma*, 25. Dezember 2011

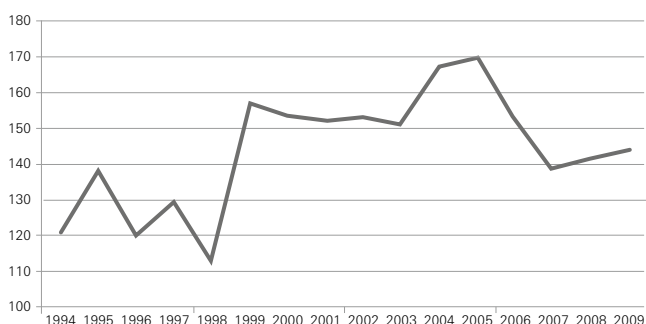
10 Prozent des Umsatzes erhoben. Letztere Steuer könnte als eine Standgebühr für die Nutzung öffentlicher Bürgersteige und Plätze umschrieben werden. *Cuentapropistas*, die private Angestellte beschäftigen, müssen darüber hinaus auch eine sogenannte Steuer für die «Verwendung von Arbeitskraft» in Höhe von 25 Prozent der Gesamtsumme der gezahlten Löhne bezahlen. Die kubanische Regierung hält eine durchschnittliche Steuerlast zwischen 25 und 35 Prozent für angemessen. Schätzungen zufolge wird damit gerechnet, dass die Steuerabgaben der hinzugekommenen Kleinunternehmerinnen die Einnahmen des Staatshaushaltes 2011 um 1 Milliarde Pesos (31,3 Mio. Euro)¹⁰ erhöhen.

VOM NOTWENDIGEN ÜBEL ZUR STRATEGISCHEN NOTWENDIGKEIT

Der politische Diskurswandel und der dahinterstehende Mentalitätswechsel hinsichtlich der Rolle des Privatsektors innerhalb des kubanischen Wirtschaftsmodells könnten kaum größer sein. Statt ihn wie in den 90er Jahren als notwendiges Übel und «Avantgarde des Kapitalismus» zu verteufeln, wird er heute von der Staatsführung als strategische Notwendigkeit für die Neugestaltung des kubanischen Sozialismus gepriesen. Während des sogenannten «período especial» stellte der *cuentapropismo* eine zentrale individuelle Überlebensstrategie vieler KubanerInnen dar. Aufgrund der drastischen Einschränkung der staatlichen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, des enormen Kaufkraftverlustes der nationalen Währung und der rapiden Verteuerung der Lebensmittelpreise, sahen sich viele KubanerInnen gezwungen, auf dem Schwarzmarkt selbst hergestellte oder abgezweigte Produkte und Waren anzubieten, um zusätzlich Geld zu verdienen und um an Devisen zu gelangen. Um den Schwarzmarkt einzudämmen, legalisierte die kubanische Regierung 1993 die Ausübung einer eingeschränkten Anzahl selbständiger unternehmerischer Tätigkeiten. Mit der langsamen wirtschaftlichen Erholung Ende der 90er Jahre wurde der Privatsektor jedoch durch Steuererhöhungen und Einstellung der Lizenzvergabe wieder deutlich minimiert bzw. in die Illegalität gedrängt. 1999 wurde mit 156.600 offiziell registrierten *cuentapropistas* ein erster Höchststand erreicht, der nach einer Phase leicht rückläufiger Zahlen 2005 mit 169.000 nochmals übertroffen wurde, worauf in den nächsten Jahren wieder ein deutlicher Rückgang folgte. Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass auf jeden *cuentapropista* mit Lizenz ca. 3,5 Selbstständige kamen, die illegal arbeiteten.

Abb. 2: Arbeitslosigkeit in % 1994–2009

Quelle: Vidal Alejandro, Pavel y Omar Everlenny Pérez Villanueva, «Relanzamiento del *cuentapropismo* en medio del ajuste estructural», Ponencia para el Seminario del CEEC 2011, Mai 2011, S. 2



Hauptgrund für den Versuch der Zurückdrängung des boomenden Privatsektors war die zunehmende Einkommensungleichheit zwischen Staatsangestellten, die ihr Gehalt in Pesos erhielten und denjenigen *cuentapropistas*, die durch die Vermietung ihrer Privatwohnungen an Touristen oder durch das Betreiben kleiner Familienrestaurants (*paladares*) Zugang zu Devisen hatten. Die Hauptursache der wachsenden Einkommenspolarisierung ist die Existenz zweier Währungen mit einem enormen Kaufkraftunterschied. So ist die Devisenwährung CUC, die den Dollar 2004 ablöste, das 24-fache eines kubanischen Pesos (CUP) wert. Da die Gehälter im Staatssektor überwiegend in CUP bezahlt, aber viele Güter des täglichen Bedarfs in CUC verkauft werden, ist eine angemessene Versorgung kaum gewährleistet. Viele KleinunternehmerInnen haben gegenüber den Staatsangestellten den Vorteil, dass sie ihre Dienstleistungen und Waren in CUC an Touristen oder wohlhabendere Kubaner verkaufen und somit ihren Lebensstandard verbessern können. Diese Entwicklung war und ist für die kubanische Staatsführung nicht tragbar, da sie das revolutionäre Ziel einer sozial gerechten Gesellschaft in Frage stellt. Seit dem Inkrafttreten der Resolution Nr. 32, die die Ausweitung und Flexibilisierung des *cuentapropismo* im Oktober 2010 ermöglichte, hat sich die Anzahl der selbstständigen Kleinunternehmer bis Ende Dezember 2011 von 147.400 auf mehr als 357.000 verdoppelt. Somit stieg der Anteil der *cuentapropistas* von drei auf sieben Prozent der Erwerbstätigen. Laut offiziellen Angaben sollen bereits fast 80 Prozent der KleinunternehmerInnen in Gewerkschaften organisiert sein.¹¹

HINTERGRÜNDE DES REFORMPROZESSES

Der Ernst der finanziellen und ökonomischen Schieflage Kubas spiegelt sich in der Einschätzung der CEPAL wieder, die die derzeitige Situation mit der Krise der 90er Jahre vergleicht¹². Nicht nur die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die enormen Kosten, die durch mehrere Wirbelstürme verursacht wurden, sondern auch die aufgeschobenen Reformvorhaben wie beispielsweise der Abbau der unproduktiven Überbeschäftigung im Staatssektor, ließen das Staatshaushaltsdefizit 2008 auf 6,7 Prozent des BIP¹³ wachsen. Obwohl es mit einem rigiden Energiesparprogramm, Importkürzungen und weiteren Sparmaßnahmen gelang, 2010 das Defizit auf 3,5 Prozent des BIP¹⁴ zu senken, warnte Raúl Castro, weiterhin mehr Geld auszugeben als vorhanden ist, da dies bedeute «auf Kosten der Zukunft zu wirtschaften und das Überleben der Revolution aufs Spiel zu setzen». Um dem Defizit den Kampf anzusagen, musste das jahrzehntelang verteidigte Ziel der Vollbeschäftigung geopfert werden, da die Lohnkosten der überschüssigen staatlichen Angestellten eingespart werden sollen. Diese Maßnahme ist für Kubas Verhältnisse deshalb als äußerst radikal einzustufen, da man selbst während der Wirtschaftskrise der 90er Jahre das Ideal der Vollbeschäftigung nicht angetastet hat. Es ist genau dieser gegenwärtige Tabubruch, der von führenden kubanischen Wirtschaftswis-

¹⁰ Vidal Alejandro, Pavel y Omar Everlenny Pérez Villanueva, «Entre el ajuste fiscal y los cambios estructurales: Se extiende el *cuentapropismo* en Cuba», *Economía y gerencia en Cuba. Avances de investigación, Boletín cuatrimestral CEEC*, (Agosto 2010), S. 5 ¹¹ Felbes Hernández, Miguel, «Crece incorporación de trabajadores no estatales a sindicatos», *Granma*, 6. Januar 2012, <http://www.granma.cubaweb.cu/2012/01/06/nacional/artic06.html> ¹² CEPAL, *Cuba: evolución económica durante 2008 y perspectivas para 2009* (México, 2009), S. 1 ¹³ Vidal Alejandro, Pavel, «La política fiscal actual», *Economía y gerencia en Cuba. Avances de investigación, Boletín cuatrimestral del CEEC*, (April 2010), S. 2 ¹⁴ Ebd.

senschaftlern schon länger gefordert wurde und daher Raúl Castro zugute gehalten wird. Dies bedeutet jedoch auch, dass für ein Viertel aller Erwerbstätigen außerhalb des Staatsektors neue Arbeitsplätze generiert werden müssen. Diese neuen Arbeitsplätze sollen vor allem im Bereich der Landwirtschaft und des Baugewerbes, sowie durch die umfangreiche Vergabe von Lizenzen für Kleinunternehmer geschaffen werden. Seit der ursprüngliche Zeitplan, der vorsah 500.000 Staatsangestellte bis April 2011 zu entlassen, Mitte Mai diesen Jahres aufgegeben wurde, sind keine weiteren Angaben über den Stand der Entlassungen und die zukünftige Vorgehensweise gemacht worden.

DER CUENTAPROPISTA IST WEISS UND MÄNNLICH

Hauptmerkmal der *cuentapropistas* ist ihre Heterogenität. So kann man private Arbeitgeber von Angestellten, unbezahlten familiären Arbeitskräften und allein arbeitenden Kleinunternehmern unterscheiden. Mit rund einem Viertel stellen Rentner und Rentnerinnen eine bedeutende Gruppe dar, die trotz ihres hohen Alters durch den Verkauf von gerösteten Erdnüssen, Bonbons oder den Weiterverkauf der Tageszeitung *Granma* versuchen, ihre karge Rente aufzubessern. Auffällig ist auch, dass dunkelhäutige Kubaner deutlich unterrepräsentiert und nur 21 Prozent¹⁵ der Selbstständigen Frauen sind. Somit ist der durchschnittliche *cuentapropista* weiß, männlich, Mitte vierzig und in der Hauptstadt tätig.

Bezüglich des Einkommens der kubanischen Selbstständigen herrscht unter der Mehrheit der Bevölkerung die Meinung vor, dass sie das zeh- bis dreißigfache verdienen würden als Staatsangestellte. Die wenigen verfügbaren Daten deuten jedoch daraufhin, dass dies nur auf eine Minderheit der *cuentapropistas* zutrifft, die ihr Einkommen überwiegend in Devisen beziehen, da sie ihre Dienstleistungen oder Waren überwiegend an Touristen oder besserverdienende KubanerInnen verkaufen. Die KundInnen der überwiegenden Mehrheit der KleinunternehmerInnen sind jedoch eher Einheimische, die nur über ein begrenztes Budget in nationaler Währung verfügen. Laut offiziellen Angaben betrug der Durchschnittslohn 2010 im staatlichen Sektor 448 Pesos (14 Euro), während die Selbstständigen durchschnittlich mit 1023 Pesos (32 Euro) mehr als doppelt so viel verdienen.¹⁶ Hinter diesem Durchschnittswert verbirgt sich jedoch eine sehr große Spannweite von Einkommen. Zu den Besserverdienern zählen vor allem Restaurantbesitzer mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von umgerechnet 100 Euro im Monat und Taxifahrer mit 84 Euro. Im Mittelfeld liegen Handwerksberufe wie Zimmermann, Maurer und Fotografen mit einem Nettoeinkommen von ca. 25 Euro. Zu den Geringverdienern unter den *cuentapropistas* zählen mit einem Durchschnittsnettoeinkommen zwischen 9 und 15 Euro Friseur, Schuhmacher und Kinderbetreuer.¹⁷ Die letzte Gruppe verdient genau so viel wie die Mehrheit der Staatsangestellten.

Der pauschale Vorwurf gegenüber die KleinunternehmerInnen, sich ohne großen Arbeitsaufwand zu bereichern, ist somit nicht haltbar. Das Problem, das der zunehmenden Einkommenspolarisierung zugrunde liegt, sind nicht die *cuentapropistas*, die durch harte Arbeit höhere Einkommen erwirtschaften, sondern die staatlichen Betriebe und Unternehmen, die wegen struktureller Schwächen nicht produktiv genug sind und somit nicht in der Lage, ihren Angestellten

eine angemessene Entlohnung zu bieten. Der pauschalisierte Bereicherungsvorwurf ist nicht haltbar, auch wenn eine Minderheit ihren Lebensstandard deutlich anheben konnte.

EFFIZIENZ VERSUS SOZIALPOLITIK?

Die Gesetzgebung und die Ausgestaltung des Steuersystems für den kubanischen Privatsektor sind Ausdruck des Dilemmas einerseits die Polarisierung der Einkommensunterschiede aufzuhalten zu wollen, aber andererseits durch Produktivitätssteigerung und Arbeitsmarktumstrukturierung Anreize zu setzen, um das Überleben des sozialistischen Systems und seiner sozialen Errungenschaften zu garantieren.

Vor allem im Hinblick auf die frustrierte kubanische Jugend, die aufgrund mangelnder Zukunftsperspektiven mehrheitlich das Land verlassen will, um im Ausland «das große Geld» zu verdienen, ist es von enormer Wichtigkeit, die Rahmenbedingungen zur Förderung der privaten Eigeninitiative weiter zu verbessern. Die Autorisierung von Kooperativen außerhalb der Landwirtschaft wäre ein weiterer wichtiger Reformschritt. Genauso wichtig ist jedoch auch die Ausweitung der Berufe und Tätigkeiten für *cuentapropistas*, um dem hohen Bildungsstandard der kubanischen Bevölkerung gerecht zu werden und somit einer guten Ausbildung wieder ihren angemessenen ideellen und materiellen Wert zuzugestehen.

Die kubanische Regierung steht vor einer großen Herausforderung. Diese besteht darin, eine angemessene Balance zwischen Effizienz mit wachsender Ungleichheit und einem umfassenden Sozialsystem mit materieller Prekarität zu finden. Einen guten Ausgleich zwischen beiden Extremen zu schaffen ist bekanntlich schwer, aber dennoch nicht unmöglich.

Autorin Jenny Morín Nenoff, Diplompolitologin, gebürtige Kubanerin, war Studienstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Für ihre Diplomarbeit an der Universität Köln über den kubanischen Reformprozess und die Ausweitung des Privatsektors forschte sie 2011 vier Monate auf Kuba.

¹⁵ Alvarez Ponce, Maria Elena, «Amplían ocupaciones para los cuentapropistas», <http://www.cubadebate.cu/noticias/2011/07/29/amplian-ocupaciones-para-los-cuentapropistas/> ¹⁶ Cubaencuentro.com, «Trabajadores privados fueron los que más ganaron en 2010» ¹⁷ Oficina Nacional de Estadísticas (ONE), *Encuesta a los trabajadores por cuenta propia 2009* (La Habana, 2009), mimeo

Abonnieren Sie unseren **E-Mail-Newsletter** mit Berichten aus Lateinamerika unter folgendem Link:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Oder senden Sie eine E-Mail an gabbert@rosalux.de mit dem Stichwort: «Newsletter-Abo».

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE international 01/2012:
Februar 2012